



Association professionnelle des  
éducateurs gradués

Berufsverband vun de Sozialpädagogen

B.P. 3071

L-1030 Luxembourg

Luxemburg, den 20. Oktober 2014

## **PRESSEMITTEILUNG: Kinderbetreuung zum Nulltarif : Konsequenzen weitreichender als gedacht!**

---

Seit der Haushaltserklärung durch Staatsminister Xavier Bettel vom vergangenen Dienstag haben wir die endgültige Gewissheit, dass die neue Regierung eines ihrer Wahlversprechen einhalten wird: in der Familienpolitik wird in Zukunft verstärkt auf Sachleistungen gesetzt, während Mutterschaftsgeld und Erziehungsbeihilfe kurzfristig gestrichen werden, und das zugunsten einer Sparpolitik, die auf den ersten Blick vielen Bürgern wenig familienfreundlich vorkommt. Aus der Perspektive des erzieherischen Personals von den non-formalen Bildungseinrichtungen, die sich mit der Kinderbetreuung beschäftigen, stellen sich jedoch einige Fragen, die einige Erklärungen bedürfen:

- Welche Mittel stellt der Staat zur Verfügung, wenn es um die qualitative Verbesserung der Betreuungsstrukturen geht?  
Bekanntermaßen, besteht durch den schnellen Wachstum dieser Strukturen mittlerweile ein chronischer Mangel an Qualität, da Infrastruktur, Konzeptarbeit und Personalschlüssel noch lange nicht den von uns geforderten Standards entsprechen.
- Gratis-Kinderbetreuung wurde dem Wählervolk versprochen; mittlerweile ist bekannt geworden, dass die Allgemeinheit durch den sogenannte Zukunftsbeitrag von 0,5% zur Kasse gebeten wird, wobei sich die Frage stellt, ob damit die Kinderbetreuung tatsächlich noch als kostenfrei zu bezeichnen ist.

- Welche alternativen Betreuungsangebote gibt es für Eltern, die weiterhin rund um die Uhr für ihr Kind da sind? Wenn schon die finanzielle Unterstützung für diese Eltern abgeschafft wird, wie steht es mit dem Ausbau von alternativen Sachleistungen, wie beispielsweise Familienberatung oder ambulante Unterstützungsmodelle für Eltern, die nicht auf Kindertagesstätten angewiesen sind?  
Eltern müssen weiterhin die Wahl haben, für welches Erziehungsmodell sie sich entscheiden.
- Welche Bemühungen werden angestrebt bezüglich eines verbesserten Förderangebots von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten? Besonders ab dem frühesten Kindesalter müssen unbedingt Mittel zur Verfügung gestellt werden, die diese Kinder durch fachgerechte Präventivarbeit fördert. Es ist zu befürchten, dass die bestehenden Strukturen, ähnlich wie bei der Einführung der "Chèques-services", überfordert werden und sich Personal-, Platzmangel und sich unzureichend angepasste Strukturen negativ auf die weitere Entwicklung der Kinder auswirken. Verhaltensauffälligkeiten werden nicht präventiv aufgefangen, sondern eher noch durch diese Umstände verstärkt.
- Die durch den Erziehungsminister Claude Meisch angestrebte „zweisprachige Erziehungsarbeit“ ab dem frühesten Kindesalter bedarf einigen präziseren Erklärungen der Sachlage. Diese schwammigen Ankündigungen neigen dazu, dass die Beteiligten (Eltern, Personal) eher verunsichert werden, und sind von daher wenig hilfreich. Ein durchdachtes Konzept im Sinne einer besseren Sprachförderung, das man im Vorfeld mit Fachkräften aus dem erzieherischen und sozialen Bereich entwickelt, wäre hier wohl angebracht gewesen.
- Auf den sozialpädagogischen Bereich wird in somit in nächster Zeit wohl einiges zukommen. Man sollte dabei bemerken, dass die Berufslaufbahnen der bereits eingestellten Erzieher und Sozialpädagogen trotz Gehälterabkommen in der neuen Reform des öffentlichen Dienstes, weiterhin klar unterbewertet bleiben, was die Arbeitsbedingungen damit nicht vereinfacht. Die wertvolle Zusammenarbeit zwischen Schulen (formale Bildung) und Betreuungseinrichtungen (non-formale Bildung) durch den sogenannten P.E.P (Plan d'encadrement périscolaire) wird durch unterschiedliche Statuten und extrem unterschiedliche Gehälterstrukturen von vornherein torpediert. Weitere Belastungen auf das pädagogische Personal in der Betreuung können jedoch nicht ohne weiteres akzeptiert werden.

- Um all diese Herausforderungen in Angriff zu nehmen, wäre eine bessere Kommunikation zwischen allen Beteiligten von Nöten. Eine im März angefragte Unterredung zwischen den zuständigen Ministern und den Berufsverbänden ist bis zum heutigen Zeitpunkt noch unbeantwortet geblieben! Konstruktiver Dialog im Interesse der Kinder kam also noch nicht zustande und auch Vorschläge zu sinnvollen Kosteneinsparungen konnten nicht diskutiert werden.

mitgeteilt am 20. Oktober 2014

Sandy VITALI

Marc PLETSCHE

Paul BRESSLER

Präsidentin APEG

Präsident APEG

Sekretär APEG